

penpolitik mit dem Höhepunkt der Leitung durch die SS benennt, so verkennt er den Vorlauf: eine an einem ständischen Volkstumsbegriff orientierte Verbandslandschaft der deutschen Minderheiten im Ausland sowie weiter Kreise der verantwortlichen Funktionsträger sowohl in den Minderheiten selbst als auch in den unterstützenden Organisationen im Reich. Im verhängnisvollen Bestreben, Minderheitenpolitik als Machtpolitik für die eigene Sache zu begreifen, hatten lange vor 1933 die radikalen Kreise das Heft weitgehend in der Hand, hinzu kam eine scheinbare terminologische Übereinstimmung zwischen der radikalkonservativen Volksgruppentheorie eines Max Hildebert Boehm oder der völkischen Agrarideologie eines Rudolf Brandsch mit der nationalsozialistischen, rassischen Volkstumsideologie.

Wenn der Vf. die „äußerst schädliche Zerrissenheit und Doppelarbeit“ in den verschiedenen Kreisen von Minderheiten, NS, SS und anderen Bereichen bemerkt (S. 174), die v.a. die frühen Jahre nach 1933 kennzeichneten, so wäre hier eine Bewertung der Zielsetzung dieser Politik unabdingbar, die Frage nach den unterschiedlichen Zielen der sog. Traditionalisten und der eher dem NS-Staat zugeordneten Personen und Institutionen vonnöten, um die Alternativen in den politischen Handlungen abschätzen zu können. Wären die „Traditionalisten“ konsequent für eine Umsetzung demokratischer Politik in den Minderheitenorganisationen der Heimatstaaten eingestanden? Welche Optionen hätten sie ab 1933 gehabt, diese Ideen in Berlin umzusetzen, oder wieso waren sie mit diesen Optionen (so sie denn bestanden hatten) ggf. schon vor 1933 gescheitert? Und vor allem: Wieso erhoben sich nur wenige Stimmen der Deutschen im Ausland gegen die Einflußnahme des Reiches nach 1933 auf die deutschen Minderheiten?

Hamburg

Sabine Bamberger-Stemmann

Burkhard Olschowsky: Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1980-1989. (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V., Bd. 7.) fibre Verlag. Osnabrück 2006. 690 S. (€ 32,50.)

In den vergangenen Jahren ist wortreich beklagt worden, daß im ersten Jahrzehnt historischer Kommunismusforschung die nationalen Perspektiven überwogen. Fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums liegen zahlreiche quellengesättigte und häufig methodisch innovative Untersuchungen zur polnischen, tschechischen, ungarischen, ostdeutschen oder sowjetischen Geschichte vor, doch beziehungs geschichtliche oder vergleichende Beiträge zu einer europäischen Geschichte des Kommunismus sind weiterhin rar gesät. Die vorliegende Dissertation Burkhard Olschowskys zeigt, wie anregend es sein kann, sich aus nationalgeschichtlichen Perspektiven zu lösen und den Blick auf die Verflechtungen zweier Parteistaaten und ihrer Gesellschaften zu werfen.

Die Studie hat die Beziehungen der Volksrepublik Polen und der DDR zwischen der Entstehung der Gewerkschaft Solidarność und dem Zusammenbruch des Kommunismus zum Gegenstand. Als theoretisches Fundament dient dem Vf. die klassische Totalitarismustheorie in der auf Juan Linz zurückgehenden Erweiterung. Er wirft die Frage auf, wie sich die Beziehungen zwischen zwei kommunistischen Diktaturen in ihrer Spätphase gestalteten und was sich daraus über die Spezifika des jeweiligen Herrschaftssystems ableiten läßt. Dabei behandelt er eine Vielzahl verschiedener Aspekte des Verhältnisses der ungleichen Nachbarn beiderseits von Oder und Neiße. O. wechselt zwischen klassischer Diplomatiegeschichte und Wirtschaftsgeschichte, zwischen der Analyse der Staatsparteien, der Intellektuellen, der Kirchen und der politischen Opposition. Ihn interessieren die unterschiedlich verlaufenden Erosionsprozesse politischer Herrschaft in Polen und der DDR, und er will aus makrohistorischer Perspektive erklären, wie kommunistische Parteistaaten mit wirtschaftlichen Modernisierungszwängen und gesellschaftlichem Demokratisierungsdruck umgingen, wobei es ihm auch um einen Beitrag zum Verständnis der europäischen

Moderne mit ihrer ungleichzeitigen Entwicklung staatsbürgerlicher, wirtschaftlicher und kultureller Freiheiten geht.

Neben dem polnisch-ostdeutschen Fokus läßt sich die Studie über weite Strecken auch als eine Geschichte der Endphase des Kalten Krieges lesen. Dies gilt insbesondere deshalb, weil der Vf. sowohl die Bundesrepublik als auch die Supermächte USA und UdSSR in seine Betrachtung der Beziehungsgeschichte beider Staaten einbezieht. O. zeigt, daß Polen in den achtziger Jahren der Dritte in der „asymmetrischen Verflechtung“ (Christoph Kleßmann) der beiden deutschen Staaten war. Zudem liefert er einen fundierten Beitrag zur zunehmenden Kritik an der Spätphase der Entspannungspolitik, in der Bonn die unabhängigen Akteure hinter dem Eisernen Vorhang ignorierte und der Kooperation mit den repressiven Regimen den Vorzug gab. Gerade die schwierige Lage in Polen, wo die anti-kommunistische Opposition den Status einer veritablen Gegengesellschaft besaß, veranschaulicht die Kosten einer Entspannung *coûte que coûte*. Zugleich zeigt die Studie auch die Grenzen einer politischen Geschichte der Gegenwart auf. In vielen wichtigen Passagen dienen dem Vf. Memoiren als Fundament seiner Darstellung – eine ausgesprochen problematische Quellengattung.

Seine Untersuchung hat besonders dort ihre Stärken, wo er beschreibt, wie die beiden Nationalismen kollidierten, die in den achtziger Jahren das Fundament kommunistischer Herrschaftslegitimation bildeten. Schließlich war die seit 1950 verordnete deutsch-polnische Freundschaft nicht mehr als eine Fassade. Besorgt beobachtete die polnische Seite die Preußen-Renaissance in der DDR, und die SED hatte kaum Verständnis für den autoritären Nationalismus der PZPR. Ende der achtziger Jahre lieferten sich beide Seiten einen diplomatischen Schlagabtausch zur Frage der Grenze im Stettiner Haff. Hier kann O. zeigen, daß Außenpolitik im sowjetischen Machtbereich entlang nationaler Linien formuliert wurde. Nationalstaatliches Denken, die Stereotypen und Leitbilder des 19. Jh.s blieben unter kommunistischer Herrschaft handlungsleitend, auch in Warschau und Ost-Berlin. Als Reaktion auf die Entstehung der *Solidarność* versuchte die SED, traditionelle Vorurteile gegenüber Polen zu revitalisieren, um die emanzipativen Bestrebungen der polnischen Arbeiter gezielt zu diskreditieren.

Nach den dramatischen Ereignissen der frühen achtziger Jahre in Polen stabilisierten sich die Verhältnisse in beiden Staaten. Während die PZPR mit zaghaften Reformen experimentierte und interne Machtkämpfe offen austrug, bot die SED ein monolithisches Bild. Detailliert widmet sich der Vf. den heute vergessenen, ungelentken Reformversuchen der Jaruzelski-Regierung. Die SED war selbst hierzu nicht in der Lage. Trotz des ökonomischen Ruins der DDR verharteten die Diskussionen über die Malaise in den diskursiven Schleifen des stalinistischen *newspeak*. Erst die Politik Michail Gorbachevs in der UdSSR brachte neue Bewegung in eine festgefahrene Ordnung. Während die DDR sich gegen die *Perestrojka* sperrte, verwandelte sich Polen vom Paria des sowjetischen Imperiums in den Vorreiter politischer Liberalisierung. Die politischen Veränderungen, die zum Sturz der Ordnung von Jalta führten, lassen sich in der vorliegenden Studie nachvollziehen.

Kritisch sei angemerkt, daß die beziehungsgeschichtliche Perspektive in der Arbeit gelegentlich etwas verlorengeht. Auch wäre es wünschenswert gewesen, wenn sich der Autor stärker an seiner Fragestellung und weniger an den Parteitag, Plenen und Verlautbarungen der Parteistaaten orientiert und in seiner Argumentation die früheren Jahrzehnte stärker in den Blick genommen hätte; er fokussiert zu stark auf die achtziger Jahre.

Einige Annahmen über die neuere polnische und die DDR-Geschichte hingegen werden durch die Arbeit eindrucksvoll untermauert. So kann der Vf. zeigen, wie tief die Spaltung zwischen Parteistaat und Gesellschaft im Denken der polnischen Akteure verwurzelt war. In der DDR gab es zwar auch keinen gesellschaftlichen Konsens, der die SED-Herrschaft getragen hätte, dem zweiten deutschen Staat wurde jedoch selbst von Oppositionellen eine größere Legitimität zubilligt als sie die polnische Volksrepublik unter ihren Kritikern je besaß. Weiter nachzudenken gilt es über das Verhältnis von Phasen der Liberalisierung und gesellschaftlicher Krisen in Polen, die bis in die achtziger Jahre nur durch massiven

parteistaatlichen Gewalteinsetz beendet werden konnten. Der Preis, der für die vermeintliche Liberalität gezahlt wurde, war beträchtlich: Das Leben in dieser „lustigeren Baracke“ des sozialistischen Lagers blieb von der Konfrontation des Parteistaates mit einer „Gesellschaft im Verteidigungszustand“ (Hans Henning Hahn) geprägt. Dagegen war die SED-Politik von älteren deutschen Mustern des sozialen Ausgleichs und des wohlfahrtsstaatlichen Paternalismus bestimmt. Nationale Entwicklungen und Traditionen blieben auch unter kommunistischer Herrschaft stark. Dies gilt es auch zu bedenken, wenn man danach fragt, mit welchen Hypothesen beide Gesellschaften in den postsozialistischen Transformationsprozeß eintraten.

Letztlich scheiterten beide Parteistaaten an der bleiernen Angst, dem Mißtrauen und der Hoffnungslosigkeit, in die sie ihre Gesellschaften stürzten, an der Ineffizienz ihrer Volkswirtschaften, den Konsumwünschen der Bevölkerung, der Ausdifferenzierung und Individualisierung der Gesellschaft – soziale Prozesse, die sie kaum mehr beeinflussen konnten und auf die ihre Führungseliten keine Antwort hatten. O.s Buch bietet eine doppelte Gesellschaftsgeschichte des kommunistischen Polen und der DDR, es benennt die gemeinsamen Probleme des späten Staatssozialismus und die zahlreichen Verflechtungen der (ost-)deutschen und der polnischen Geschichte im Vorfeld der friedlichen Revolution von 1989.

Berlin

Jan C. Behrends

Ermländische Ansichten. Ferdinand von Quast und die Anfänge der Denkmalpflege in Preußen und Ermland. **Widoki z Warmii.** Ferdynand von Quast i początki konserwatorstwa zabytków w Prusach i na Warmii. Ausstellungskatalog. Bearb. von Christofer Herrmann und Andrzej Rzeźmowski. Münster – Olsztyn 2006. 207 S., zahlr. Abb.

Das 150. Gründungsjubiläum des Historischen Vereins für Ermland bot den Anlaß zur Präsentation einer Ausstellung in Potsdam und Allenstein, in der die dem Ermland gewidmete Tätigkeit des ersten preußischen Denkmalpflegers Ferdinand von Quast (1807-1877) im Mittelpunkt steht. Idee und Konzeption des Unternehmens sind Christofer Herrmann zu verdanken, der bei der Umsetzung von den Mitarbeitern des Ermländisch-Masurischen Museums in Allenstein unterstützt worden ist. Neben dieser Institution waren das polnische Staatsarchiv in Allenstein, das Kunstinstitut der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau, das Schloßmuseum in Marienburg sowie aus der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin das Geheime Staatsarchiv und die Staatsbibliothek die wichtigsten Leihgeber.

Der in deutscher und polnischer Sprache publizierte Katalogband macht den Leser mit einer Region bekannt, die nach ihrem Übergang an Preußen 1772 ihren spezifischen Charakter als eine vom Katholizismus geprägte Kulturlandschaft bewahrt hat. Obwohl mehrheitlich deutsch geprägt, blieb, basierend auf der Tradition des alten Fürstbistums, eine gewisse Abgrenzung gegenüber den evangelischen Teilen Ostpreußens bestehen. Zunächst vermittelt Christofer Herrmann wichtige Informationen über Leben und Werk Ferdinand von Quasts, wobei er neben kunsthistorischen Aspekten die persönlichen Lebensverhältnisse, das Wirken Quasts im preußischen Staatsdienst und dessen politische Tätigkeit beleuchtet. Zeugnis früher Reife und Weitsicht ist Quasts für die Denkmalpflege richtungweisende Denkschrift von 1836/37, die er schon im Jahr seines Baumeisterexamins verfaßt hat. Darin wird erstmals der Grundsatz aufgestellt, die Denkmäler nicht durch unsachgemäße Eingriffe zu verfälschen. Sowohl dieses Postulat als auch die Forderung, die Oberaufsicht über die preußische Denkmalpflege einer einzigen Person zu übertragen, die sich ausschließlich den Altertümern widmen sollte, zeigen bereits den Weg auf, den die Denkmalpflege gegen alle Hindernisse und Schwierigkeiten der Zukunft beschreiten sollte. Quasts 1844 erfolgte Berufung zum Konservator der Kunstdenkmäler ist im Zusammenhang mit der engen Bindung König Friedrich Wilhelms IV. an die Romantik zu sehen, die mittelalterliche Denkmäler mit anderen Augen als das 18. Jh. betrachtete. Gleichwohl